

---

FDP Steinbach (Taunus)

## **FDP-FRAKTION WILL KUNSTRASENPLATZ MÖGLICH MACHEN**

18.11.2011

---

Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzender Bobbi Althaus schlägt vor, die Einrichtung eines neuen Kunstrasenplatzes genau zu prüfen. Bobbi Althaus, selbst in einem Steinbacher Fußballverein engagiert, sagte dazu: »Die Jugendarbeit der Vereine hat einen Wert, der sich finanziell nicht beziffern lässt. Die Sport- und Fußballvereine in Steinbach leisten vorbildliches bürgerschaftliches Engagement, das die Unterstützung der Stadt verdient hat. Es ist deshalb das Ziel der FDP-Fraktion, den neuen Kunstrasenplatz möglich zu machen. Das Gemeinwesen zu gestalten, auch mit wenig Geld, das ist die Herausforderung in Steinbach.«

Fraktionsvorsitzender Werner Dreja rechnet vor: »Wenn der Kunstrasenplatz nicht kommt, zahlt die Phorms-Schule der Stadt jeden Monat 500 Euro weniger an Miete für die Sportanlage, wenn er kommt, 1000 Euro mehr, das macht pro Monat einen Unterschied von 1500 Euro, also 18.000 Euro pro Jahr, mit denen Phorms den Platz indirekt mitfinanziert. Wenn wir sehr vorsichtig rechnen, dass der Platz statt mindestens 15 nur 10 Jahre hält, ist das selbst grob überschlagen bereits ein erheblicher Anteil bei einer Investitionssumme von 350.000 Euro. Eventuell können auch der FSV Steinbach und der FC-Kabul Steinbach für die Kosten Sponsoren gewinnen. Außerdem sehen wir gute Chancen, dass unser Bürgermeister erfolgreich Zuschüsse vom Deutschen Fußballbund und vom Deutschen Sportbund für das Projekt einwerben wird; 100.000 Euro könnten dabei durchaus zusammenkommen. Und schließlich sind die laufenden Pflege- und Wartungskosten für den Kunstrasenplatz erheblich niedriger als bei dem jetzigen roten Tennenplatz. Die Chancen zur Finanzierung des Projekts sehen bereits jetzt sehr gut aus. Wir wollen deshalb vorschlagen, an dem Vorhaben festzuhalten, alle Möglichkeiten zu nutzen und ganz genau zu rechnen. Ich glaube, wir schaffen das. Wie hoch die Kosten letztlich sein werden, wissen wir aber erst, wenn die Planung vorliegt, deshalb dürfen aus

unserer Sicht die Planungskosten von 10.000 Euro im Haushalt auch nicht gestrichen werden.«